

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger

Erscheint werktäglich Nachmittags. Bezugspreis monatlich im voraus 1.80 RM. frei ins Haus. Einzelne Nr. 10 R.-Pfg., Sonntags-Nr. 30 R.-Pfg. Anzeigenpreise: 6gep. Petitzeile 15 R.-Pfg., von außerhalb des Bezirkes 20 R.-Pfg., 3gep. Reklamezeile 45 R.-Pfg., Hinweis auf Anzeigen und Eingefandte 10 R.-Pfg., Nachweise- und Offertengebühr 20 R.-Pfg., Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichten zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Beörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Altenburgerstr. 2. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedrich Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wolkensburg bei Herrn Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Fr. Schmidt, Postagentur.

Sugleich weit verbreitet in den Ortschaften der Standesamtsbezirke Altwaldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwintel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkensburg und Ziegelheim.

Nr. 80

Sonnabend, den 6. April 1929

51. Jahrgang.

Hankauf von den Mantingstruppen eingenommen.

Amtlicher Teil.

1. In diesen Tagen erfolgt die Zustellung der Hauslisten über gehaltene Hunde, welche nach dem Stande vom 10. April d. J. auszufüllen und vom Hausbesitzer unterschrieben bis spätestens 16. d. M. bei der Stadtsteuereinnahme einzureichen sind.

2. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß eine Befreiung von der Mietzinssteuer nur dann eintreten kann, wenn ein entsprechender Antrag mittels Vordruck bei der Stadtsteuereinnahme gestellt wird. Die Befreiung gilt nur für die Monate, welche im Bescheid mitgeteilt worden sind.

Waldenburg, den 4. April 1929.

Der Stadtrat.

Anstelle des Herrn Ruglan ist Herr Reisender Emil Bietzel zum Stadtvordnen auf die weitere Dauer der Wahlzeit berufen worden.

Waldenburg, den 5. April 1929.

Der Stadtrat.

Auf Blatt 120 des hiesigen Handelsregisters, die offene Handlungsgesellschaft in Firma Friedrich Steinert in Reichenbach betr., ist heute eingetragen worden: Dem Gesellschafter Karl Bruno Steinert in Reichenbach ist die Geschäftsführung und Vertretungsbefugnis für die offene Handlungsgesellschaft in Firma Friedrich Steinert in Reichenbach entzogen worden.

Sächsisches Amtsgericht Waldenburg, den 4. April 1929.

Streifemann ist gestern wieder in Berlin eingetroffen. Das Frohwitter hält in ganz Deutschland an. In vielen Gegenden fiel reichlich Schnee.

Der Erfinder des Startmotors, Dr. Karl Benz, ist im Alter von 84 Jahren gestorben.

Hilferding verzichtet auf die Viersteuer. Auf der Grube „Hansa“ der neuen Senftenberger Kohlenwerke wurden durch eine Kohlenstaubexplosion 11 Bergleute verletzt.

In einer Grube in Naturages in Belgien wurde bei einer Schlagwetterexplosion eine größere Zahl von Arbeitern getötet oder verletzt.

Der bisherige polnische Ministerpräsident Bartel wird auch nach der Kabinettsumbildung den Vorsitz im Kabinett behalten.

In Baranowicze schoß ein Sowjetbeamter zwei polnische Polizeibeamte nieder und verwundete sich dann selbst.

Im Staate Wisconsin in Amerika wurde durch Volksbegehren die Abschaffung der Prohibition verlangt.

Waldenburg, 5. April 1929.

In allen Wipfeln ist Ruh', von der Politik spürest du kaum einen Hauch, die Minister ruhen in Waide... nein, so weit kann man Goethe doch nicht folgen. Ein Teil der Minister hat zwar die Ostertage außerhalb Berlins verbracht, aber um sich, los und ledig aller Plagen, auf das Moos des Waldbodens hinzustrecken, dazu war dieses weihnachtliche Osterwetter doch nicht angetan. Der Reichskanzler lag inzwischen krank zu Bett. Er hat sich ein Galgenleiden zugezogen; die Sorgen, die er in den letzten Wochen hatte, mügen dazu beigetragen haben, die Krankheit zu verschlimmern. Jedenfalls wird er noch mehrere Tage das Bett hüten müssen. Eine Kabinetts-Änderung wird unter diesen Umständen frühestens erst Anfang nächster Woche stattfinden, und bis dahin ruht die große Politik.

Zu der großen Sorge, wie der Reichshaushalt balanciert werden soll, ist inzwischen eine neue hinzugekommen. Die Eisenbahner sind mit neuen Forderungen hervorgetreten, besonders bezüglich der Arbeitszeit. Die Reichsbahnverwaltung hat sie aus finanziellen Gründen abgelehnt. Ihre Bewilligung würde zur Folge haben, daß ungefähr ebensoviel neues Personal wieder eingestellt werden müßte, wie seinerzeit zum Zwecke der Rationalisierung abgebaut worden ist. Die Kosten würden über 200 Millionen betragen und könnten nur durch eine neue Tarifierhöhung ausgebracht werden. Die Eisenbahntarife sind aber bestimmend für die Warenpreise. Eine neue Teuerungswelle wäre die Folge einer Tarifierhöhung, und Teuerung bedeutet neue Lohnbewegungen. Aus diesen volkswirtschaftlichen Erwägungen heraus glaubte die Reichsbahnverwaltung die Forderungen ablehnen

zu sollen. Andererseits wollen sich die Eisenbahner nicht länger vertrieben lassen; die Gewerkschaften drohen ganz offen mit Kampfmaßnahmen, d. h. mit Streik. So scheinen wir am Vorabend neuer schwerer Wirtschaftskämpfe zu stehen.

Ganz überraschend kam aus Wien die Meldung, daß das Kabinett Seipel zurückgetreten ist. Ueber die eigentlichen Gründe, die zu diesem Entschluß geführt haben, scheint man sich nicht ganz klar zu sein. Die Aussperrung in der Metallindustrie scheint jedenfalls nicht der einzige Grund zu sein. Sie ist vielmehr nur ein Symptom für die Schwierigkeiten, mit denen das Kabinett Seipel zu kämpfen hatte. Neben Gründen allgemein-politischer Natur hatte Dr. Seipel offenbar auch noch mehr persönliche Gründe. In einer christlich-sozialen Versammlung, in welcher am Mittwoch Bundeskanzler Dr. Seipel sprechen sollte, erschien an seiner Stelle Abgeordneter Kunschak, der über den Rücktritt des Kabinetts u. a. ausführte; Unter den persönlichen Gründen seien vor allem die gehässigen Angriffe hervorzuheben, die gegen Dr. Seipel gerichtet worden seien. Besonders der ungerechte Vorwurf, daß er den Arbeiterstand hasse und daß dadurch die Arbeiter zu einer Austrittsbewegung aus der katholischen Kirche verleitet worden seien, habe Dr. Seipel am schwersten getroffen, da es ihn in seiner priesterlichen Ehre angreife.

In Paris haben am Donnerstag die Sachverständigen ihre Beratungen wieder aufgenommen. Wie Dr. Schaack vor einigen Tagen erklärt hat, rechnet er noch mit einer längeren Dauer der Verhandlungen. Man wird hiernach nicht erwarten dürfen, daß sich die deutsche Delegation durch die Pariser Pressepropaganda verleiten lassen wird, ihre Karten zu früh aufzudecken. Wenn die Pariser Presse so ungestüm darauf drängt, daß von deutscher Seite ein bestimmtes Zahlungsangebot erfolgt, so sollte dies allein schon etwas mißtrauisch machen.

Auch in Polen kriselt es. Nach einer Meldung des „Nasz Przegląd“ ist das Kabinett Bartel bereits zurückgetreten. Die amtliche Bekanntgabe werde jedoch erst mit der Veröffentlichung der neuen Ministerliste erfolgen. Die Regierungsbildung sei in geheimen Verhandlungen vorbereitet. Den letzten Nachrichten zufolge werde Professor Bartel im neuen Kabinett keinen Posten übernehmen. Es scheint jedoch, daß man ihm das Amt eines Präsidenten der Bank von Polen angeboten habe. Bartel habe dieses Angebot aber zurückgewiesen. Die „Gazeta Warszawska“ nennt unter anderen den bekannten Legionär General Sosnowski und den Adjutanten Pilsudskis, Oberst Prystor, als Kandidaten für den Ministerpräsidentenposten. Schließlich muß auch noch das Gerücht verzeichnet werden, daß Bartel unter gewissen Voraussetzungen bereit sein soll, das neue Kabinett zu bilden.

Der mexikanische Bürgerkrieg scheint nun doch zu Ende zu gehen. Wie über New York gemeldet wird, wurden die aufständischen mexikanischen Truppen, die sich nach der Schlacht bei Jiminez nach La Reforma zurückgezogen hatten, auch dort durch das Heer des Generals Almazan, das sich aus 12 000 Mann zusammensetzt, entscheidend geschlagen und vollkommen vernichtet. 500 Aufständische wurden gefangen genommen und der Rest getötet oder schwer verwundet. Man nimmt allgemein an, daß damit die Entscheidung in der mexikanischen Revolution gefallen ist. Der klägliche Rest der aufständischen Truppen befindet sich in voller Flucht.

Das Drama von Baranowicze.

Ein russisch-polnischer Zwischenfall.

Auf der Bahnhofswache in Baranowicze an der polnisch-russischen Grenze hat sich am Mittwoch ein blutiges Drama abgespielt, das voraussichtlich noch ernste diplomatische Verwicklungen nach sich ziehen wird. Der in Begleitung seiner Frau von Berlin nach Moskau reisende Vertreter der sowjetrussischen

Handelsabordnung, Apanasjewitsch, geriet aus Gründen, die bisher noch nicht völlig geklärt sind, mit den polnischen Polizeibeamten in Streit. Apanasjewitsch schoß zwei Beamte nieder und verletzte sich selbst durch einen dritten Schuß. Der eine Beamte war sofort tot, der andere soll später seiner Verletzung erlegen sein.

Ueber die Vorgeschichte dieses Dramas wird von polnischer Seite eine wesentlich andere Darstellung gegeben als von russischer.

Nach polnischer Darstellung

sollen Apanasjewitsch und seine Frau bereits am Dienstagabend aus Berlin kommend in Baranowicze eingetroffen und dort ausgestiegen sein, um im Grenzgebiet ansässige Verwandte zu besuchen. Da das Ehepaar keine Aufenthaltserlaubnis für Polen gehabt habe, sei es von der polnischen Polizei angehalten und auf die Wache gebracht worden. Dort habe man dem Handelsvertreter erklärt, daß er in einem Gasthaus der Stadt übernachten müsse, um mit dem nächsten Zuge nach Moskau weiterzureisen. Apanasjewitsch habe sich jedoch geweigert, diesem Vorschlag Folge zu leisten, da er einen Anschlag auf seine Person befürchtete. Er habe die Wache nicht verlassen und die Nacht dort zugebracht. Mittwoch 10 Uhr vormittags sei ein Beamter des polnischen Sicherheitsdienstes auf der Polizeistation eingetroffen und habe mit dem Rücken zur Wache gewandt ein Ferngespräch mit seinem Vorgesetzten, dem Polizeichef von Nowogrodek, geführt.

Diesen Augenblick habe Apanasjewitsch benutzt, um einen Revolver aus der Tasche zu ziehen und aus etwa drei Meter Entfernung einen tödlichen Schuß auf den telephonierenden Beamten abzufeuern. Mit einem zweiten Schuß hatte er einen anderen Polizeibeamten so schwer am Kopfe verletzt, daß letzterer um 8 Uhr abends im Krankenhaus gestorben ist. Schließlich habe Apanasjewitsch die Waffe gegen sich selbst gerichtet und sich eine Schläfenwunde beigebracht, die jedoch nicht lebensgefährlich sein soll.

Die bei dem Mörder beschlagnahmten Papiere hätten erwiesen, daß es sich um einen Angestellten der Berliner sowjetrussischen Handelsvertretung handele, der jedoch gleichzeitig den Posten eines höheren G. P. U.-Beamten bei der sowjetrussischen Gesandtschaft in Berlin bekleide. In seinem Bett im Krankenhaus sei eine Polizeiwache aufgestellt worden, während die Frau sich vorläufig auf freiem Fuß befinde. Beide hätten sich geweigert, dem Untersuchungsrichter gegenüber Erklärungen über die Tat abzugeben und gleichzeitig gesagt, daß sie nur einem hohen Beamten des polnischen Justizministeriums Ankünfte erteilen würden.

Ein Notwehrakt?

Die amtlichen Kreise der Sowjetunion erklären die polnische Darstellung für unrichtig. Nach russischer Darstellung hat der Beamte der Berliner Handelsvertretung Apanasjewitsch sich auf der Durchreise nach Moskau befunden. Er habe nur seine Verwandten besuchen wollen. Sein Paß sei vollkommen in Ordnung gewesen. Er habe sein polnisches Durchfahrtsvisum und das Recht gehabt, 24 Stunden auf polnischem Gebiet zu bleiben. Bei dem Zusammenstoß mit der polnischen Polizei, die ihn scharf beobachtet habe, hätten die Polizeibeamten versucht, ihm gewisse politische Schriftstücke zu nehmen. Nach russischer Darstellung hat Apanasjewitsch in Notwehr gehandelt. Er habe sich geweigert, sich durchsuchen zu lassen ohne Anwesenheit des russischen Generalkonsuls. Die Sowjetregierung habe vom russischen Generalkonsul in Warschau, Bogomolow, einen Bericht über den Zwischenfall angefordert.